

Aus dem Netz droht die größte Gefahr



Michael Blume,
Antisemitismusbeauftragter
der Landesregierung

Seit März ist der Religionswissenschaftler Michael Blume Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus. Im Staatsministerium schon seit 2003 tätig, leitet er derzeit auch das Referat für nichtchristliche Religionen. Seinen ersten Bericht legt er im kommenden Jahr vor, eine Zwischenbilanz zieht er schon jetzt.

Staatsanzeiger: Gehen Sie in den Landtag, wenn der 2016 nach Antisemitismusrwürfen aus der AfD-Fraktion ausgetretene Abgeordnete Wolfgang Gedeon dort sein Buch über die damaligen Ereignisse vorstellt?

Michael Blume: Nein.

Ist in manchen Fällen ein Dialog gar nicht mehr sinnvoll?

Wir hatten damals Kontakt, sein voriges Buch hatte ich gelesen. Er wollte eine Art öffentliche Konfrontation. Doch wir wollen Verschwörungsmynthen keine Bühne bieten. Wer die Protokolle der Weisen von Zion, seit Langem als Fälschung erwiesen, für echt erklärt, und der Justiz vorwirft, es gebe dort eine zionistische Unterwanderung, darf nicht mit Aufmerksamkeit belohnt werden.

Ist für Sie die AfD eine Partei, die nicht klar gegen Antisemitismus eintritt, die Antisemitismus duldet oder die Antisemitismus fördert?

Ich nehme die AfD als eine Partei wahr, die sich zunehmend radikalisiert. Eine ehemalige AfD-Jugendfunktionärin hat das in einem neuen Buch gut beschrieben. Anfangs standen noch liberale Kräfte im Vordergrund. Die wurden dann von rechts überholt, von Frauke

Petry. Und so geht das jetzt immer weiter. Das deckt sich mit dem, was die Forschung herausgefunden hat: Dass die Leute sich im Internet radikalisieren und in Medienblasen einschließen. Innerhalb der AfD werden gemäßigtere Stimmen, die es immer noch gibt, geschmälert und weggedrängt. Ich mache mir große Sorgen und appelliere, den Prozess zu stoppen, ehe es zu spät ist.

Sie sagen, das Internet wirke wie ein Brandbeschleuniger. Aber was kann man dagegen tun? Sollte das Netz gezielt nach antisemitischen Äußerungen durchsucht, entsprechende Seiten blockiert werden?

Das Internet enthemmt und führt in abgeschottete Welten. Wir brauchen einen Mix an Maßnahmen. Eine ist, dem Hass entgegenzutreten, egal, ob gegen Juden, Frauen oder Demokraten. Ich habe beispielsweise kein Verständnis dafür, wenn das Tragen eines Galgens mit Politikernamen darauf bei Demonstrationen von der Justiz nicht geahndet wird. Oder wenn Vertreter von Bundesbehörden wie im Fall Chemnitz Verschwörungsmynthen noch anhaken, indem sie echte Videos als Fake-Videos ausgeben.

Wir müssen als Bürger lernen und unseren Kindern beibringen, mit diesen Medien verantwortungsvoll umzugehen. Demokratie funktioniert nicht gegen die Bürger. Deswegen ist Medienethik, was ich am KIT in Karlsruhe unterrichte, entscheidend. Wir müssen schauen und verstehen, was Medien mit uns Menschen machen.

Bisher gibt es bundesweit fünf Antisemitismus-Beauftragte

Nach Rheinland-Pfalz war Baden-Württemberg das zweite Bundesland, das mit Michael Blume einen Antisemitismusbeauftragten bekam; der Bund, Hessen und Bayern folgten.

Bisher gibt es vom Bundesbeauftragten in Berlin abgesehen, solche nur in westlichen Bundesländern. Dort sind sie jeweils im Staatsministerium beziehungsweise der Staatskanzlei angesiedelt, sodass sie direkten Zugang zum jeweiligen Regierungschef haben. Die Landesregierungen in Nordrhein-West-

falen und Niedersachsen sind kurz davor, dieses Amt einzurichten; in Thüringen wird das geprüft.

Gerade für die östlichen Länder, in denen es weit mehr antisemitische Straftaten gibt als im Bundeschnitt, würde sich Blume Kollegen wünschen. Wenn im Oktober die Antisemitismusbeauftragten erstmals zusammenkommen, werden ihre Beschlüsse nicht verbindlich sein; für die notwendige Mehrheit müssen erst noch weitere Bundesländer davon überzeugt werden.

Im langjährigen Ländervergleich war nur in Rheinland-Pfalz die Quote antisemitische Straftaten noch niedriger als in Baden-Württemberg. Wie erklären Sie sich das?

Noch ist die Lage hier sehr gut. Wir haben eine niedrige Arbeitslosigkeit, funktionierende Kirchen und starke Vereine. Das heißt: Die Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg ist gesund. Gerade deshalb finde ich es so wichtig, dass wir nicht warten, bis der Hass aus dem Internet bei uns auf die Straßen kippt. Reichsbürger zum Beispiel gibt es im Südwesten auch. Es geht also bei uns schon los.

Innenminister Thomas Strobl hat gesagt, es gebe die neue Gefahr eines Antisemitismus, die mit der jüngsten Zuwanderung nach Deutschland entstanden sei. Teilen Sie diese Ansicht?

Ja. Ich habe für meine Arbeit drei Schwerpunkte gesetzt. Einer ist Antisemitismus an Schulen, der zweite Antisemitismus in der digitalen Welt; das halte ich für Baden-Württemberg am massivsten. Das Dritte ist Antisemitismus unter Muslimen. Es gibt in der islamischen Welt eine verbreitete Vorstellung, der Westen und die Juden seien Verschwörer. Da sind die Protokolle der Weisen von Zion und die angebliche Rothschild-Verschwörung, also antisemitische Mythen aus dem Westen, übernommen worden. Das erschwert die Integration. Wenn junge Menschen mit solchen Vorstellungen aufwachsen, werden sie keine Demokraten. Es darf beim Thema Antisemitismus für Zuwanderer keinen Rabatt geben.

Sie besuchen Schulen, an denen es antisemitische Vorfälle gab. Was für Erfahrungen machen Sie da?

Eine verstörende war das Gespräch mit jüdischen Schülern, die nicht mehr den jüdischen Religionsunterricht besuchen. Denn Grund dafür war nicht Desinteresse. Sie haben gesagt, wenn ich da hingeh, weiß es via Internet die ganze Schule, dann oute ich mich. Da haben wir wieder den digitalen Effekt. Heute ist es verrückterweise wieder mutig, wenn ein Kind in der Schule sagt: Ja, ich bin Jude.

Gab es auch Ermittlungen?

Durch die Meldepflicht für antisemitische Vorfälle, die wir eingeführt haben, müssen sich Schulleiter nicht mehr rechtfertigen, wenn sie davon berichten. Sie kommen von sich aus auf uns zu, wenn es ein Problem gibt. Ein Beispiel jüngst waren Hakenkreuze in einer WhatsApp-Gruppe. Das wird nicht mehr oder nicht mehr so oft verheimlicht. Das ist gut. Denn dann kann man es angehen und etwas machen.

Kann man in Baden-Württemberg eine Kippa tragen, ohne Angst haben zu müssen?

Das hängt stark davon ab, wo man das tut. Ich würde sagen, man muss nicht Angst haben. Aber ich verstehe durchaus, wenn Menschen jüdischen Glaubens sagen, sie sind in bestimmten Regionen und zu bestimmten Zeiten vorsichtig. Das kann ich leider verstehen.

Sie wollen hart arbeiten, damit Ihr Amt überflüssig wird, haben Sie bei Amtsantritt gesagt. Ist das überhaupt im Bereich des Möglichen?

Tatsächlich ist die Frage, durch die angesprochene mediale Umwälzung: Gehen unsere Demokratien kaputt oder schaffen wir es, diesen Verschwörungsglauben in den Griff zu bekommen und wieder zurückzudrängen? Natürlich hoffe ich, das Letztere gelingt. Hätte ich diese Hoffnung nicht, könnte ich morgens nicht so begeistert ins Büro kommen.

Das Gespräch führte
Christoph Müller

t
S
L
P
ir
Si
bi
ur
Er
sc
ab
sei
La
ein
sag
Bui
Jed

Beamte
Stuttga
denen
satzlaß
kräftiger
vorbei
Bei
vor alle
menni
wie Fra
zeiprä
Auch g
etwa di
Blick au
reichen
Ansprü
geeigne
werden
Bundesw
mit reali

Die abt
angriff
rektion
Daher se
beamtet
können.
Übung di
Erst an
Innenmi
(CDU) d
schlagge
tonalen
hoch sei.
extrem wa